



**Bettina Hagedorn**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Kasseedorf, 22.12.03

## **Rückblick und Jahresbericht 2003**

### **von MdB Bettina Hagedorn**

Die Bilanz nach über einem Jahr im Deutschen Bundestag fällt für Bettina Hagedorn vielschichtig aus:

Auf **internationaler Ebene** stand der **Irak-Krieg** im Mittelpunkt, das vergebliche Ringen von Gerhard Schröder und Joschka Fischer um eine Konfliktlösung im Nahen Osten unter UN-Flagge ohne Krieg, die verstärkte Verständigung des so genannten „alten Europa“, das Wiederentdecken gemeinsamer europäischer Wurzeln und Werte, die dominanten amerikanischen Interessen nicht schweigend untergeordnet werden dürfen. Der **Festakt zum 40. Jahrestag der Deutsch-Französischen Freundschaft**, den die Bundestagsabgeordnete im Januar in Versailles miterlebte, war mit den historischen Reden von Chirac und Schröder der Beginn einer qualitativ neuen Kooperation beider Länder und ein Bekenntnis zu der Verweigerung eines Amerikanisch-Britischen Krieges im Irak ohne völkerrechtliche Legitimation. Sie sei dankbar, dass eine rot-grüne Bundesregierung verhindert habe, dass heute deutsche Soldaten im Irak seien. Im ersten Jahr ihres Bundestagsmandates habe sie bereits oft ihre Stimme zu **Auslandseinsätzen in Bosnien, im Kosovo und in Afghanistan** abgegeben und diese Entscheidungen seien nie leicht gewesen, wenn auch unstrittig. „Die jungen Frauen und Männer – so alt wie meine drei Söhne – sind in wichtigen Einsätzen, die den Frieden sicherer machen, Gewalt verhindern und humanitäre Einsätze ermöglichen sollen. Das ist das Gegenteil von dem, was Präsident Bush im Irak gemacht und erreicht hat. In solche Abenteuer wie im Irak dürfen wir Parlamentarier unsere Soldaten nicht schicken – das ist unverantwortlich auch gegenüber deren Familien.“ So erfreulich die Festnahme Saddam Husseins auch ist – dass das Ende der Gewaltspirale im Irak damit erreicht sei, betrachtet sie als unwahrscheinlich, solange Selbstbestimmung der Iraker und Verbesserung der Lebensverhältnisse nicht im Mittelpunkt der Bestrebungen stünden. Eine deutsche Beteiligung daran hält sie nur unter UN-Führung für vernünftig, da bei den Amerikanern diese Ziele offensichtlich keine Priorität haben.

Auf **europäischer Ebene** kommentiert Bettina Hagedorn das vorläufige **Scheitern der Verhandlungen für eine neue Verfassung** durch die unkooperative Vorgehensweise von Spanien und insbesondere Polen: „Besser keine neue Verfassung als eine schlechte!“ und hofft

---

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin • ☎ (030) 227 – 73 832 • 📠 (030) 227 – 76 920

✉ [bettina.hagedorn@bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@bundestag.de)

Wahlkreisbüro • Lübecker Straße 6 • 23701 Eutin • ☎ (04521) 7 16 11 • 📠 (04521) 7 83 86

✉ [bettina.hagedorn@wk.bundestag.de](mailto:bettina.hagedorn@wk.bundestag.de)

auf die „Besinnung“ dieser Länder auf den europäischen Gedanken der Kooperation. Das „**alte Europa**“ – gerade zum Wort des Jahres gekürt – sei von den Amerikanern als Schimpfwort gemeint gewesen und längst zum Ehrentitel geworden: 2004 würden Polen und Spanien hoffentlich nutzen, um eine gemeinsame europäische Identität mit den Nachbarn zu finden, anstatt sich nach amerikanischem Vorbild mit Druck durchsetzen zu wollen.

Auf **Bundesebene** stand 2003 die **größte Reformfülle seit Jahrzehnten** auf der Tagesordnung. Wohl niemand hätte Rot-Grün vor einem Jahr den beispiellosen Kraftakt zugetraut, von der Gemeindefinanzreform bis zum Subventionsabbau, von der Umstrukturierung der Bundesanstalt für Arbeit, dem Sozialhilferecht bis zur Arbeitsmarkt- und Handwerksordnungsnovelle, von der Gesundheits- bis zur Rentenreform parallel nahezu alle Themenfelder in der Gesellschaft anzupacken. Dass die Politik sich dabei mit fast allen Lobby-Vertretern der Republik „anlegte“ war ebenso klar wie unvermeidlich und erleichterte nicht gerade die Öffentlichkeitsarbeit und Verständigung mit den Menschen, die prinzipiell die Notwendigkeit der Reformen anerkennen, obwohl ihre Betroffenheit groß ist. Das **Frühjahr 2003** stand dabei ganz im Zeichen der **innerparteilichen Auseinandersetzung** um die notwendigen Reformschritte und ihre Ausgestaltung. Mit **den Bundesparteitagen am 1. Juni in Berlin und im November in Bochum** bewies die SPD dann, dass sie als Partei nahezu geschlossen den abgesteckten Reformkurs stützt, wobei die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme mit Rente und Pflege 2004 und 2005 in Berlin noch weiter im Zentrum der Politik stehen werden. Auch wenn Bettina Hagedorn im Frühjahr 2003 ihre kommunalen Ämter als Bürgermeisterin von Kasseedorf, als Amtsvorsteherin des Amtes Schönwalde und im Mai auch nach 12 Jahren den stellv. Kreisvorsitz der SPD in Ostholstein aufgab, so wurde sie im **April neu in den SPD-Landesvorstand** gewählt und hat nicht nur dort im Blick, dass die schmerzlichen sozialen Einschnitte nicht nur viele Diskussionen, sondern auch viele Parteiaustritte bei der SPD zur Folge hatte und hat. Hagedorn:“ Das ist ganz besonders bitter für die traditionell mitgliederstarke SPD, denn als Partei verlieren wir damit Substanz, Kraft und Identität. Trotzdem gibt es zu den Reformen keine Alternative, wenn wir eine verantwortliche Perspektive für die Zukunft erhalten wollen.“

Nach der Sommerpause lag dann nicht nur der Kompromiss zur Gesundheitsreform auf dem Tisch, der naturgemäß manche „Kröte“ für die Sozialdemokratin bereit hielt, sondern alle anderen Reformgesetze wurden von Rot-Grün bis zum Herbst im Bundestag verabschiedet, ohne dass sich die Opposition an diesen parlamentarischen Beratungen nennenswert beteiligte, weil sie schon zu dem Zeitpunkt im Hinblick auf den Vermittlungsausschuss ihre Arbeit im Bundestag quasi „eingestellt“ hatte. Ein besonders krasses Beispiel dafür war der Haushalt: in den 8wöchigen Beratungen legte die CDU/CSU nicht nur keinen einzigen Antrag vor,

sondern beteiligte sich auch an keiner Abstimmung im Haushaltsausschuss. Bettina Hagedorn, die als Mitglied im Haushaltsausschuss für das Familienministerium Hauptberichterstatlerin ist: „Mich hat geärgert, wie die CDU/CSU das Parlament missachtet. An den teilweise 12 – 14stündigen Haushaltsberatungen pro Tag nahm die Opposition quasi nur körperlich teil und beteiligte sich nicht an dem schwierigen Geschäft der Haushaltsaufstellung, machte keine Einsparvorschläge – stattdessen gaben sie eine Pressekonferenz nach der anderen und über die Mikrofone neunmal „kluge“ Ratschläge. Ich nenne das Arbeitsverweigerung.“

Schwerpunkt der Arbeit an dem Reformpaket war für Bettina Hagedorn naturgemäß nach 20 Jahren aktiver Kommunalpolitik das **Thema Verbesserung der Gemeindefinanzen**. Hagedorn: „CDU/CSU und die FDP hatten mit ihrer Mehrheit im Bundesrat bereits im Frühjahr das Steuervergünstigungsabbaugesetz der rot-grünen Bundesregierung fast komplett verhindert. Das Gesetz sollte die Kommunen mit gut 6,7 Milliarden Euro und die Länder mit gut 18 Milliarden Euro bis 2007 entlasten. Herausgekommen sind für die Kommunen dank der Oppositionsblockade gerade 600 Mio. – das sind 9 %!“

Rot-Grün startete unverdrossen einen neuen Anlauf mit der Gemeindefinanzreform, die im Bundestag am 17.10.03 verabschiedet wurde und den einhelligen Beifall der Kommunalen Spitzenverbände fand. Im Vermittlungsausschuss hat die CDU im Verhandlungspoker den rot-grünen Gesetzentwurf zulasten gerade der finanzschwachen Kommunen bedauerlicherweise stark verwässert. Zwar beträgt oberflächlich betrachtet das Entlastungsvolumen in 2004 2,5 Mrd. Euro und ab 2005 3 Mrd. Euro zugunsten der Kommunen – im rot-grünen wie auch am 19. Dezember 2003 von Bundesrat und Bundestag verabschiedeten Gesetz. Aber: „Der Teufel steckt im Detail – nach der Korrektur auf Druck der CDU profitieren die starken Gewerbestandorte gerade in den Ballungsräumen, während die strukturschwachen Räume das Nachsehen haben“, so Hagedorn in ihrer Bewertung. Ziel der SPD sei es gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden gewesen, die Gewerbesteuer konjunkturunabhängiger zu gestalten, weil gerade dieser Faktor sich in 3 Jahren schwacher Konjunktur zum Fiasco für die Städte und Gemeinden ausgewirkt habe. Das wäre erreicht worden durch die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage (z.B. durch die Besteuerung von Mieten, Pachten und Leasingraten bei verbundenen Unternehmen) und durch die Vergrößerung der Anzahl der Gewerbesteuerzahler (über die Hinzuziehung der Freiberufler); beides jedoch hat die CDU/FDP verhindert. Diese Gewerbesteuererinnahmeverluste werden in strukturschwachen Kommunen an keiner anderen Stelle ausgeglichen. Fazit von Bettina Hagedorn: „Es ist schade, dass der nun erreichte Kompromiss nicht so weit geht, wie der Gesetzentwurf von Rot-Grün. Trotzdem bin ich froh, dass wir Verbesserungen für die Kommunen durchsetzen konnten. Die CDU wird sich in den Kommunen bei ihrem Klagelied über den Zustand der Finanzausstattung in Städten und Gemeinden aber ab 2004 einen neuen Text einfallen las-

sen müssen: Rot-Grün in Berlin hat als Sündenbock für die schlechte Kassenlage in den Gemeinden und Städten ausgedient!“

Positiv bewertet Bettina Hagedorn, dass im Vermittlungsausschuss zu guter Letzt überhaupt ein Ergebnis herauskam. Ihrer Meinung nach hätte dieses Ergebnis aber viel mutiger sein müssen: die Blockadehaltung der CDU hat den Subventionsabbau zugunsten eines bestimmten Klientels (und das sind nicht die Familien mit Kindern!) nur ansatzweise ermöglicht, die Gemeindefinanzreform bringt „Dank“ der Opposition nicht genug für die Kommunen gerade im ländlichen, strukturschwachen Bereich, die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wurde um 6 weitere Monate verzögert und damit auch die Einspareffekte für die Kommunen, was deren Investitionskraft 2004 um 1,9 Mrd. Euro schmälern wird. Dass die von Rot-Grün gewollte Steuersenkung jetzt nicht voll greifen kann und teilweise auf 2005 verschoben ist, ergab sich aus der „Hasenfüßigkeit“ der Union beim Subventionsabbau von allein – so werden denn weiterhin Kinderlose Eigenheimzulage erhalten und dafür konnten die Eingangssteuersätze nicht voll auf 15 und 42 % gesenkt werden, obwohl das der Binnennachfrage und Konjunktur sicher gut getan hätte. Bettina Hagedorn: „Trotzdem ist der Kompromiss ein Schritt in die richtige Richtung, dem allerdings weitere Schritte 2004 und 2005 werden folgen müssen.“

Bettina Hagedorn war 2003 – wann immer der enge Terminkalender in Berlin es zuließ – im Wahlkreis und in den Ortsvereinen unterwegs und suchte **die Diskussion mit den Menschen**. Aufgrund ihrer knappen Zeit, der Größe des Wahlkreises von Puttgarden bis Reinfeld und der verwirrenden Fülle von Informationen entwickelte sie mit ihrem Mitarbeiterteam im September ein neues Informationsblatt, den **„Bericht aus Berlin“**, **der jetzt gerade zum 5. Mal erschienen** ist. „Ich will allen Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises die Möglichkeit geben, sich direkt und umfassend über die zur Diskussion stehenden Gesetze und meine Arbeit zu informieren. Jeder kann sich über e-mail oder Fax in den Verteiler meines Büros aufnehmen lassen und bekommt dann den Bericht alle 2-3 Wochen kostenfrei zugeschickt. In Eutin im Büro liegt er in Papierform für jeden Interessierten aus.“

Bettina Hagedorn möchte eine **Abgeordnete zum Anfassen** bleiben und den Kontakt – **vor allem zu den jungen Menschen** – halten. Etliche Schulklassen haben sie bereits zum Gespräch in den Unterricht eingeladen, unzählige Schulen aus dem ganzen Wahlkreis besuchen auf ihre Vermittlung hin bei Klassenreisen nach Berlin den Reichstag und treffen sich mit ihr zum Gespräch. Beim Girl's day im Mai war die 13jährige Schülerin Antonia Klettke in Berlin und hatte einen Tag lang Gelegenheit einen Einblick in die Arbeitsweise einer Bundestagsabgeordneten zu bekommen. Im September kam für mehrere Tage eine Schülerin aus

Oldenburg zum bundesweiten Treffen „Jugend im Parlament“. Die Bundestagsabgeordnete ist „Patin“ für Jugendliche aus dem Wahlkreis, die durch sie ein Stipendium für einen einjährigen USA-Aufenthalt erhalten können, und pflegt den Kontakt zu ihnen, um sich über deren Erfahrungen auszutauschen. Bei den Besuchergruppen, die 3mal im Jahr zu einem mehrtägigen Besuch nach Berlin eingeladen werden, reisen immer mindestens 10 bis 15 Jugendliche aus verschiedenen Regionen und Bereichen mit. Zielgerichtet spricht die Abgeordnete dafür engagierte Jugendpfleger an, die speziell ehrenamtlich tätige junge Leute aus dem Bereich der Jugendcafés, Ganztagsbetreuung und Jugendparlamenten auswählen; so entstehen während der Fahrten Kontakte zwischen Lehrlingen und Gymnasiasten, Hauptschülern und Erwachsenen, die für alle eine Bereicherung darstellen. „Ziel ist es auch, die „Schwellenangst“ gegenüber Politikern abzubauen, Mut zum Engagement zu geben und das Interesse für gesellschaftliche Probleme zu wecken, wobei ich feststellen konnte: der kritische Wissensdurst ist groß!“ so Bettina Hagedorn.

Aber nicht nur ganz junge Menschen suchen den Kontakt zur Politik: Im Rahmen des 9. bundesweiten Know-How-Transfer zwischen Wirtschaft und Politik kam im Juni der Kieler Jung-Unternehmer Knut Nicholas Krause vier Tage lang nach Berlin und erlebte bei allen Terminen von morgens bis abends den Bundesalltag „live“. Im Gegenzug absolvierte Bettina Hagedorn **2 Praktika bei Wirtschaftsunioren** aus Ostholstein in Eutin und lernte die Alltagsprobleme von Existenzgründern hautnah kennen. Abgemacht ist schon jetzt ein Gegenbesuch in Berlin.

**Schwerpunkt der Wahlkreisarbeit 2003 war aber die Werbung für das Ganztagsbetreuungsprogramm der Bundesregierung von 4 Mrd. Euro bis 2007**, das in diesem Jahr gestartet wurde. Die Abgeordnete besuchte Grund- und Hauptschul- sowie Förderschulstandorte in **Burg, Heiligenhafen, Lensahn, Schönwalde, Oldenburg, Eutin, Neustadt, Ahrensböök, Ratekau und Reinfeld** und führte überall Gespräche mit Rektoren und Bürgermeistern, Schulträgern, Lehrer-, Eltern- und Schülervertretern, Jugendpflegern, Vereinen und Verbänden, in denen die ganze Bandbreite dessen, was es bereits in Ostholstein an Ganztagsbetreuung gibt, deutlich wurde. Eine besondere Rolle spielen in allen Orten engagierte Jugendpfleger, die in enger Vernetzung mit der Schule, Ehrenamtlern aus Vereinen und Verbänden bis hin zu kriminalpräventiven Räten vorbildliche Arbeit schon jetzt leisten, die durch das Ganztagsbetreuungsprogramm zusätzlich gestärkt und verstetigt wird. Hagedorn: „Ein besonderes Drama ist darum die Ankündigung der CDU des Kreises, die anteilige **Förderung der Jugendpflege** nicht mehr aus Kreismitteln fortsetzen zu wollen. Da wird das Kind buchstäblich mit dem Bade ausgeschüttet!“ Wenn die Jugendpfleger in den Kommunen nicht weiterbeschäftigt werden, breche das ganze Netzwerk präventiver Arbeit zusammen

und der Kreise werde die „Zeche“ bei der Jugendhilfe doppelt und dreifach zahlen müssen – ohne dass den Jugendlichen damit auch nur annähernd so erfolgreich und langfristig wie jetzt geholfen werde! Der Kreis sollte stolz darauf sein, das **mit 5 Schulträgern in Burg, Heiligenhafen, Lensahn und Schönwalde** die Zahl der in Kiel bewilligten Förderanträge landesweit Spitze sei. 8,5 Mio. Euro werden aus Bundesmitteln noch **2003** für Investitionen an Schulen mit Ganztagsbetreuung in Schleswig-Holstein ausgegeben. **Auch für 2004 liegen bereits 74 Förderanträge mit einem Fördervolumen von 44 Mio. Euro in Kiel zur Prüfung vor. Und wieder nehmen die ostholsteinischen Schulträger mit 11 Schulen, die gut 5,2 Mio. Euro investieren wollen, die landesweite Spitzenposition ein, obwohl der Kreis Ostholstein für den förderfähigen Gesamtschulbau in Pansdorf erneut keinen Antrag gestellt habe.** Mit diesem Geld vergeben die Schulträger öffentliche Aufträge, von denen sicher auch der regionale Mittelstand profitieren wird. Hagedorn: „Auch in Kiel und Berlin herrschen schwierigste Verhältnisse bei der Haushaltsaufstellung, und dennoch spart Rot-Grün nicht zulasten der Bildung und Ausbildung der jungen Generation. Ich hoffe inständig, dass die CDU im Kreis Ostholstein noch zur Besinnung kommt und ihre kurzsichtige Sparpolitik zulasten der Jugendlichen und Kinder beendet. Was hier in den letzten Wochen im Bereich der Kita- Förderung und Jugendpflege an Streichkonzert stattgefunden hat, ist unglaublich und nicht mit knappen Kassen zu entschuldigen.“ Knappe Kassen machen eben auch mutige Umschichtungen notwendig, um Prioritäten setzen zu können.

Trotz harter Einsparungsmaßnahmen im Bundeshaushalt 2004, die auch vor dem Familienressort nicht „Halt“ machten, gelangen im Rahmen der Haushaltsberatungen auch schwerpunktmäßig finanzielle Entlastungen für Familien und Alleinerziehende.

Mit dem Freibetrag für Alleinerziehende und dem Kinderzuschlag wird die Hilfe für diejenigen verbessert, die wirklich darauf angewiesen sind. Finanziert wird das Ganze über Einsparungen beim Erziehungsgeld für besser Verdienende.

Als besonderen Erfolg betrachtet Bettina Hagedorn **3 Entscheidungen** auf Bundesebene, die im Jahr 2003 mit ihrem persönlichen Einsatz verknüpft waren: Die erneute Verpflichtungsermächtigung für die **Fördermittel zur Gemeinschaftsaufgabe (GA West)** von bis zu 100 Mio. Euro auch für strukturschwache Regionen in Westdeutschland, wovon u.a. das Gewerbegebiet bei Oldenburg profitieren kann, die kurzfristige Aufnahme eines Passus im **Steueränderungsgesetz, der Pflegeeltern** zur Erlangung von Kindergeld und damit im Zusammenhang stehenden Förderungen unbürokratisch hilft (und dadurch ein Urteil mit fatalen Auswirkungen des Finanzhofes entkräftet, worauf sie der Selbsthilfeverein „ Restposten Pflegefamilie“ aus Flensburg aufmerksam gemacht hat ) sowie die Fortsetzung der **berufsvorbereitenden Maßnahmen für Jugendliche und Menschen mit Behinderungen auf hohem Niveau.**

Diese sollten noch im März 2003 nur im Rahmen von 350 Maßnahmen vom Lübecker Arbeitsamt bewilligt werden können, obwohl es im Vorjahr noch 700 gewesen waren: Bei der Bundesanstalt für Arbeit fehlte Geld, weil die hohe Förderquote 2002 auch die Mittel für 2003 bereits mit „verplant“ hatte. Recherchen von ihr beim Landesarbeitsamt und bei der Bundesanstalt in Berlin bestätigten: die Ostholsteiner Zahlen gaben einen bundesweiten Trend wieder! Das durfte so nicht bleiben, zumal hohe Schulabgängerquoten und die schwache Bereitstellung von Lehrstellen das Problem zusätzlich verschärften. Der gemeinsame Einsatz mit Renate Schmidt, Wolfgang Clement und Kollegen vom Haushaltsausschuss sowie aus der Landesgruppe machte es möglich, dass binnen 2 Monaten 350 Mio. Euro für diese Maßnahmen nachbewilligt werden konnten und im Mai 2003 erneut 716 Maßnahmen in Ostholstein und Lübeck genehmigt wurden. Die Chance auf Ausbildung, Qualifikation und Arbeit ist Kern jeder Perspektive – kein junger Mensch unter 25 Jahre sollte ohne Ausbildung oder Arbeit sein, denn sonst entsteht ein Grundstock für Langzeitarbeitslose der Zukunft.

Die Wahlkreisarbeit ist häufig bestimmt von **Treffen mit Verbänden und Einrichtungen**, die ihrerseits den Gedankenaustausch suchen; im letzten Jahr waren dies z.B. Mittelstand- und Handwerkerschaft, Personalvertretungen, das Arbeitsamt, der Kinderschutzbund, Suchthilfe der AWO, Wohlfahrts- und Behindertenverbände, das Bugenhagen- und die Jugendaufbauwerke, LVA, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr, der Kreisbauernverband und die Landfrauen und natürlich die Vertreter der Hochseeangler und Fischer, um deren Belange sich Bettina Hagedorn besonders intensiv und mit Erfolg gekümmert hat. Auch im neuen Jahr wird der Aspekt der **Sicherheit auf See** einen wichtigen Teil ihrer Arbeit ausmachen: mit der großen Konferenz in Heiligenhafen Ende August mit geballter Fachkompetenz von Bund, Land und der EU-Ebene sowie dem Leiter des Havariekommandos in Cuxhaven, Herrn Monsees, ist der Anfang gemacht. In diesem Zusammenhang wird ihr Einsatz auch weiterhin dem Küstenwachzentrum und den Beschäftigten des BGS-Amtes See in Neustadt gelten, wozu die Abgeordnete im engen Kontakt zum Innen- und Verkehrsministerium in Berlin steht.

**Fazit:** Ein schwieriges Jahr, geprägt von heftigen Auseinandersetzungen, geht erfreulicherweise mit einem gefundenen politischen Kompromiss zu Ende. Das Gesamtpaket der AGENDA 2010 kann damit in Kraft treten. Das ist der Grundstein für eine Verbesserung der Konjunktur, wofür sich die Ansätze zuverlässig verstärken.

Das Wichtigste ist aber, dass die Menschen dies als ersten Schritt in die richtige Richtung akzeptieren, ihre Zuversicht zurück gewinnen und den Willen zeigen, die Gesellschaft aktiv mit zu gestalten.